



Herrn
Omid Nouripour
Mitglied des Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Matthias Machnig
Staatssekretär

HAUSANSCHRIFT Scharnhorststraße 34-37, 10115 Berlin
POSTANSCHRIFT 11019 Berlin

TEL +49 30 18615 76 41
FAX +49 30 18615 51 05
E-MAIL buero-st-m@bmwi.bund.de
DATUM Berlin, 13. März 2018

Schriftliche Frage an die Bundesregierung im Monat Februar 2018 Frage Nr. 286

Sehr geehrter Herr Abgeordneter,

seitens der Bundesregierung beantworte ich die Frage wie folgt:

Frage:

Wie viele Genehmigungen für Rüstungsexporte in die Türkei hat die Bundesregierung im Jahr 2018 bisher erteilt, und welchen Wert hatten diese Genehmigungen jeweils (bitte Angaben aufschlüsseln in die Zeiträume 1. bis 19. Januar, 20. bis 24. Januar und ab 25. Januar 2018)?

Antwort:

Nach dem 20. Januar 2018 hat die Bundesregierung unter dem Eindruck des türkischen Militäreinsatzes in Nordsyrien nur in Einzelfällen Genehmigungen für Ausfuhren erteilt. Diese stehen entweder im Zusammenhang mit internationalen Rüstungskoperationen, in denen Deutschland an vertragliche Verpflichtungen gegenüber anderen EU- und NATO-Partnern gebunden ist, oder sie dienen der NATO-Bündnisverteidigung.

Vom 1. Januar bis zum 19. Januar 2018 wurden 14 Genehmigungen im Wert von 5.294.717 Euro erteilt. Vom 20. bis zum 24. Januar wurden sechs Genehmigungen im Wert von 1.422.341 Euro erteilt. Vom 25. Januar bis zum 27. Februar wurden 14 Genehmigungen im Wert von 2.974.627 Euro erteilt.

Bei den Genehmigungszahlen handelt es sich um vorläufige Zahlen, die sich durch nachträgliche Änderungen und Fehlerkorrekturen noch verändern können.

Zudem gilt weiter, dass die Bundesregierung eine restriktive und verantwortungsvolle Rüstungsexportpolitik verfolgt. Über die Erteilung von Genehmigungen für Rüstungsexporte entscheidet die Bundesregierung im Einzelfall und im Lichte der jeweiligen Situation nach sorgfältiger Prüfung unter Einbeziehung außen- und sicherheitspolitischer Erwägungen. Grundlage hierfür sind die rechtlichen Vorgaben des Gesetzes über die Kontrolle von Kriegswaffen (KrWaffKontrG), des Außenwirtschaftsgesetzes (AWG) und der Außenwirtschaftsverordnung (AWV) sowie die „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ aus dem Jahr 2000, der „Gemeinsame Standpunkt des Rates der Europäischen Union vom 8. Dezember 2008 betreffend gemeinsame Regeln für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern“ und der Vertrag über den Waffenhandel („Arms Trade Treaty“). Der Beachtung der Menschenrechte wird bei Rüstungsexportentscheidungen ein besonderes Gewicht beigemessen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to be a stylized name, possibly 'R. B.', written over the printed text 'Mit freundlichen Grüßen'.